

**AUF DEN PUNKT
GEBRACHT.**

17. September 2021
14.2021

Solidarität mit der Krankenhausbewegung! Systemwechsel im Krankenhaus jetzt!

In Berlin geht die Krankenhausbewegung auf die Straße. Über 1200 Klinikbetten sind gesperrt. Es geht um bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen. Alle sollen endlich unter dieselben Tarifverträge fallen. Da geht was. Der Charité-Streik war schon einmal Vorbild für bundesweite Auseinandersetzungen an den Krankenhäusern. DIE LINKE steht an der Seite der Beschäftigten: Schluss mit dem Pflegenotstand!

Viele Pflegekräfte arbeiten längst an ihrer Belastungsgrenze – und darüber hinaus. Im europäischen Vergleich ist Deutschland Schlusslicht bei der Anzahl von Pflegekräften pro Einwohner. Viele Beschäftigte in Reinigung, Küche, Labor, Logistik, Ergo- und Physiotherapie wurden in den letzten Jahren in Tochterfirmen ohne oder mit schlechteren Tarifverträgen ausgegliedert. Studien zeigen: Arbeitsunfähigkeit und Krankenstand liegen in Gesundheitsberufen deutlich über dem Durchschnitt. Pflegekräfte sterben früher. In den letzten Jahren haben viele Pflegekräfte ihren Beruf verlassen, zahlreiche Stellen bei Tochterunternehmen wurden abgebaut.

Das Ergebnis: Pflegenotstand. Immer weniger Beschäftigte müssen immer mehr Patient*innen in immer kürzerer Zeit versorgen. Die Folgen: fehlende Zuwendung, Behandlungsfehler, mangelnde Hygiene, Unfällen und vermeidbare Todesfälle. Die Corona-Pandemie verschärft die Lage zusätzlich. Die Maßnahmen von Gesundheitsminister Spahn und der Bundesregierung sind völlig unzureichend: mehr als ein Drittel der Intensivpflegekräfte überlegen inzwischen, nach der Pandemie den Beruf zu verlassen. Es droht der »Pflexit«. Das geht uns alle an. Der Personalmangel im Krankenhaus gefährdet die Gesundheit aller Patient*innen!

Doch es regt sich Widerstand. An vielen Orten, wie der Berliner Charité, wehren sich die Beschäftigten mit Protesten und Streiks gegen den Zustand in den

Krankenhäusern. Als LINKE stehen wir seit Jahren an der Seite von Pflegebündnissen und Gewerkschaft. Wir kämpfen für ein Gesundheitswesen, in dem der Bedarf und das Gemeinwohl im Vordergrund stehen, nicht die Profitinteressen privater Krankenhauskonzerne. Das Gesundheitswesen gehört in die öffentliche Hand und darf nicht profitorientiert sein. Gesundheit ist keine Ware! Inzwischen haben auch SPD und Grüne erkannt, dass es so nicht weitergehen kann. Aber ihnen fehlt der Mut, sich mit den Konzernen und ihren Lobbyisten anzulegen. Sie wollen zwar mehr Personal und Investitionen, nennen aber keine Zahlen. Das System der Fallpauschalen wollen die Grünen nur »ergänzen«, SPD »prüfen« – so wird das Thema beerdigt.

Nicht mit uns! Die LINKE fordert:

■ **Das Pflegepersonal entlasten: 100.000 Pflegekräfte mehr!** Wir fordern eine gesetzliche Personalbemessung. Ver.di, der Deutsche Pflegerat und die Deutsche Krankenhausgesellschaft haben ein Personalbedarfsbemessungsinstrument (PPR 2.0) vorgelegt. Seit 2020 warten die Initiatoren jedoch auf eine Antwort aus dem Gesundheitsministerium. DIE LINKE fordert: PPR 2.0 sofort umsetzen! Personalabbau und Outsourcing stoppen. Ein Haus, ein Tarif!

■ **Die Pflege ist mehr wert: 500 Euro mehr Grundgehalt!** Wir fordern einen Sonderfonds im Bundeshaushalt, um gleiche Gehaltszulagen für alle gegen Pflegenotstand und »Pflexit« zu zahlen. Nach Einführung unserer Solidarischen Gesundheitsversicherung¹ werden die Kosten dort gedeckelt.

■ **Den Investitionsstau in den Krankenhäusern auflösen!** Die Länder kommen ihren Investitionsverpflichtungen nicht nach. Sie zahlen Reparaturen aus Betriebskosten, die sie in der Pflege sparen. Der Bund muss die Investitionen in die Krankenhäuser stärken: auf

jeden Euro der Länder einen Euro drauflegen, bis zu 2,5 Mrd. Euro jährlich – für zehn Jahre. Die LINKE **Vermögenssteuer** geht in die Haushalte der Bundesländer: dann reichen die Mittel dort auch für die Investitionen in Krankenhäuser.

■ **Fallpauschalen abschaffen!**

Fallpauschalen schaffen Unter- und Fehlversorgung. Die Corona-Pandemie hat gezeigt: In der Krise sind sie völlig ungeeignet. Die Krankenhäuser müssen nach Bedarf und kostendeckend finanziert werden. Ausgerichtet am Gemeinwohl, nicht am Profit!

1 | Siehe AdPg Solidarische Gesundheitsversicherung statt Zweiklassenmedizin!

Ich möchte weitere Informationen

- Bitte schickt mir weitere Informationen zum Thema.
 Ich will Mitglied der LINKEN werden!

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und den Gliederungen entsprechend den Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung zum Zwecke des Nachweises der Mitgliedschaftsvoraussetzung, der Nachweisführung gemäß Parteiengesetz, der statistischen Auswertung und innerparteilichen Kommunikation verarbeitet. Weitere Hinweise zur Datenverarbeitung und Ihren Rechten unter www.die-linke.de/datenschutz

DIE LINKE Bundesgeschäftsstelle
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Mehr Informationen unter:
www.die-linke.de, kontakt@die-linke.de

DIE LINKE.

